

# TAGBLATT

---

## **SP-Stadtparlamentarier fordert: Stadt Frauenfeld darf öffentlichen Grund nicht mehr verkaufen, sondern nur noch im Baurecht abgeben**

Gemeinderat Alfred Bloch hat eine Motion eingereicht. Bei Erheblich-Erklärung hätte der Vorstoss direkt Einfluss auf die stadträtliche Bodenpolitik.

Mathias Frei

20.12.2019, 04.20 Uhr



Beim Twerenbiold-Landgeschäft ging es um dieses Grundstück an der Ecke Sonnenhof-/Schaffhauserstrasse.

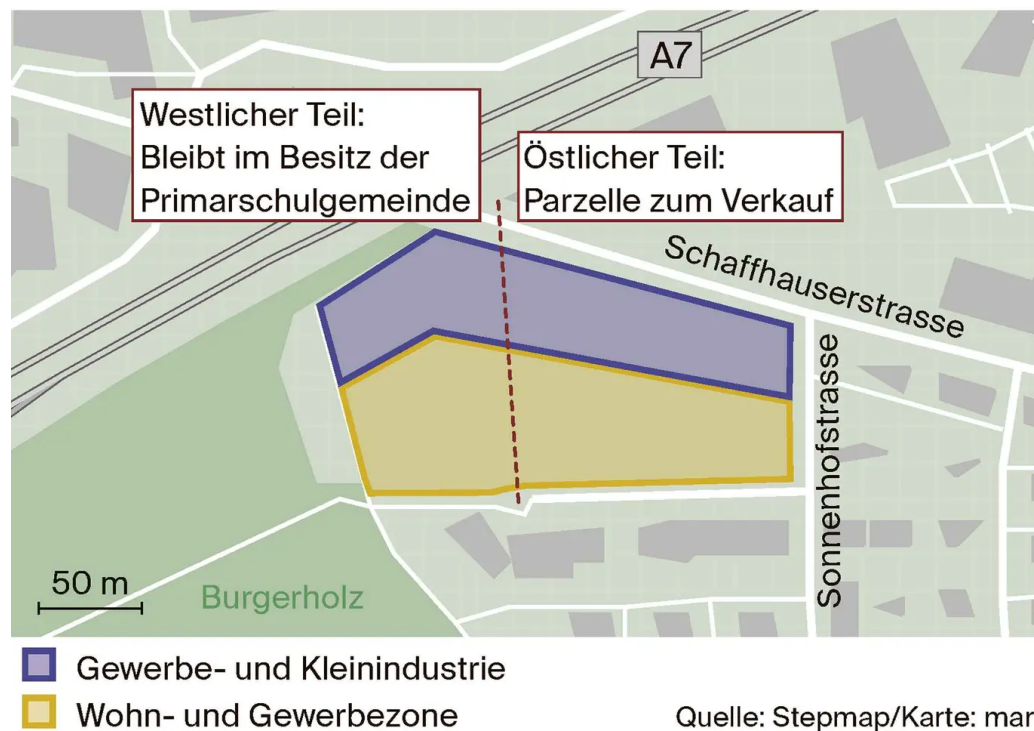
(Bild: Donato Caspari)

Er hätte nicht Ja gestimmt, als der Gemeinderat im September 2018 über den Twerenbold-Landverkauf befand. Aber Alfred Bloch war damals noch nicht SP-Gemeinderat.

**«Ich hätte mich dafür ausgesprochen, das Land im Baurecht abzugeben statt es zu verkaufen.»**

Das sagt Bloch. Mit dem kontrovers diskutierten Geschäft im Hinterkopf hat der Sozialdemokrat nun eine Motion eingereicht «betreffend Abgabe von Boden im Eigentum der Stadt Frauenfeld nur im Baurecht». 15 Gemeinderäte haben Blochs Vorstoss mitunterzeichnet.

## Grundstückverkauf im Westen der Stadt



Einfluss hätte die Motion nicht zuletzt auf die Praxis des Landkreditkontos (LKK) als Instrument einer aktiven Bodenpolitik. «Ich will mit meinem Vorstoss nicht das Landkreditkonto abschaffen», sagt Bloch. Bei Erheblichkeits-Erklärung der Motion wären aber sicher auch im Reglement über die Bodenpolitik, welches das LKK beinhaltet, Anpassungen nötig, mutmasst er.

### «Vielmehr geht es mir um den Grundsatz.»

Im Übrigen sei es ein altes SP-Postulat, öffentlichen Grund nur im Baurecht abzugeben. Der Kanton Basel-Stadt zum Beispiel verfare so, erklärt Bloch.

Er verlangt im Grundsatz, dass die Stadt «eine nachhaltige und langfristige Bodenpolitik» betreibt und «den Erwerb von Immobilien durch die Stadt» fördert. Der Verkauf von öffentlichem Grund soll unterbunden werden, Land kann aber im Baurecht abgegeben werden. Die Nutzung soll «sozial- und umweltverträglich sein». Ausnahmen sieht Bloch vor, wenn es um Bauvorhaben anderer öffentlicher Körperschaften geht, etwa beim Bau eines Velowegs durch den Kanton. Das gilt auch bei Kleingrundstücken (unter 100 Quadratmeter) oder bei der Abgabe von Land an städtische Betriebe. Zudem soll der Tausch von gleichwertigen Grundstücken möglich sein.



Alfred Bloch, Gemeinderat SP und Motionär.

(Bild: PD)



### **Abgabe im Baurecht erlaubt aktive Raumplanung**

Für Bloch ist es wichtig, so eine gewisse Handlungsfreiheit wahren zu können. Künftige Generationen könnten den wertvollen Boden als Wohn- oder Erholungsraum respektive für Schulen, Altersheime oder Gewerbeansiedlungen nutzen.

**«Die Abgabe von Boden im Baurecht stellt sicher, dass kein teures Land zurückgekauft werden muss.»**

Jährliche Einnahmen durch Baurechtszinsen seien garantiert. Diese Mittel stünden «langfristig, sicher und stabil» zur Verfügung. Das Land gehe nach Ablauf des Baurechts, spätestens nach 100 Jahren, zur Nutzung an die Stadt zurück. Letztlich ermögliche dies eine «nachhaltige Siedlungsentwicklung» im Sinne einer aktiven Raumplanung, welche die Interessen aller berücksichtige. Und über Baurechtsverträge könnten sich Genossenschaften Land leisten für den Bau von gemeinnützigem Wohnraum. Blochs Motion hätte also Einfluss auf das Reglement

über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum, das auch den Verkauf von städtischem Land vorsieht.

### Seit 1981 ein Instrument für aktive Bodenpolitik



**Das Landkreditkonto (LKK), wie man es heute kennt, gibt es seit Inkrafttreten des städtischen Reglements über die Bodenpolitik im Jahr 1981. Der Rahmenkredit beträgt 25 Millionen Franken.** Auf 2006 bewilligten der Gemeinderat und hernach das Stimmvolk **eine Erhöhung des Rahmenkredits auf 25 Millionen.** Das LKK dient als Instrument zur aktiven Bodenpolitik und verfolgt als Ziel gemäss Reglement **planmässige städtebauliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern und Landänderungen zu unterstützen, die im öffentlichen Interesse liegen».** Die Kompetenz für Käufe, Verkäufe oder Tauschgeschäfte liegt im Rahmen des Reglements **abschliessend beim Stadtrat. Der aktuelle Anlagewert des LKK beträgt 18 Millionen.** Der Stadtrat könnte derzeit also Land für knapp acht Millionen kaufen. Ein Grundstück aus dem LKK zur Erfüllung einer städtischen Aufgabe verwendet werden. **Um ein Grundstück aus dem LKK abgeben zu können, muss es der Gemeinderat zuvor ins Finanzvermögen überführen.** (ma)

### Stadtrat könnte nur noch Land kaufen

Land aus dem Landkreditkonto kann nicht direkt im Baurecht abgegeben werden. Es muss zuerst ins Finanzvermögen überführt werden. Durch eine solche Überführung würde der Anlagewert des LKK entlastet werden. Der Stadtrat hätte